Einzelpreis 15 Pfg. • 2. Jahrgang | Mittwoch, den 23. Juli 1919 | Nummer 346 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 5,— M., bei Zustellung unter Streifband 5,— M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Programm-Erklärung der Regierung.

Die Rede Bauers.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Ministerpräsident Bauer folgende Rede:

Sie haben vor 14 Tagen unter dem Zwang der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert. Damit ist eine Epoche abgeschlossen, die den gewaltigen Aufstieg Deutschlands und seinen tragischen Zusammenbruch umfaßte. Aber das Leben geht weiter. Der bitterernste Augenblick muß uns Veranlassung geben, die

Bilanz unserer Lage

zu ziehen, mehr aber noch, die **zukünftige Marschroute** zu bestimmen, die für die deutsche Republik sich ergibt. Ich lasse daher die Vergangenheit, lasse die Abrechnung über die Schuld dafür, daß alles so gekommen ist, und lasse den unveränderlichen Protest gegen die Vergewaltigung beiseite.

Arbeit an der Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Volkes, unserer zertrümmerten Wirtschaft, unseres schwergefährdeten sittlichen Bewußtseins, all das muß mit den gleichen Mitteln auf dem gleichen Boden geleistet werden. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigung und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde. Im neuen Deutschland bestimmt es selbst seine Geschicke und ist sein Wille das oberste Gebot. Wenn der großen Masse diese völlig veränderten Verhältnisse so oft noch nicht zum Bewußtsein kommen, so ist der Grund dafür, daß sie über dem immer noch bestehenden wirtschaftlichen Elend der Kriegszeit die politische Umwandlung übersehen. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf einem Schlachtfelde schafft. Acht Monate sind seither ins Land gegangen, größtenteils den Aufräumungsarbeiten gewidmet, aber auch dem Ausbau des neuen Staatshauses, das Sie in diesen Tagen durch die Annahme der neuen Verfassung krönen werden. Damit ist die demokratische Republik unter Dach und Fach, damit hat die Deutsche Nationalversammlung den ersten großen Teil ihrer Aufgaben gelöst. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Herren der äußersten Rechten gerade diesen Augenblick, der das Hohenzollernsche Kaiserreich auf Nimmerwiedersehen zu den Toten legt, dazu benutzt haben, die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern als ihren ersten Programmpunkt zu erklären. Daß sie die Revolutionsregierung für diesen Frieden verantwortlich machen, nachdem das Kaisertum in unseliger Machtverblendung den Krieg und damit von vornherein den Frieden verloren hatte, daß sie der heutigen parlamentarischen Regierung den Kampf ansagen bis aufs Messer, all das ist uns nichts Neues. Wir sind zum Kampf gerüstet, auch zum Kampf gegen Geschichtsfälschung. Die Geschichte selbst hat in den Novembertagen gerichtet, und es ist alter deutscher Rechtsgrundsatz, daß der Verurteilte drei Tage lang nach dem Urteil schimpfen darf.

Aber die Herren von der Rechten verkennen auch heute wieder die Zeichen der Zeit, wie sie sie 70 Jahre lang verkannt haben.

Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten 8 Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das Eine oder das Andere zu tun und zu bessern. Ich erinnere nur an die grundlegende Umgestaltung unseres Strafrechts und unseres bürgerlichen Rechts, die bereits in vollem Gange ist und die Demokratisierung unserer Rechtsprechung bringen wird. Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein

Fehlen von Fähigkeiten,

diese Rechte in vollem Umfange auszuüben. Damit bin ich wieder bei der Zukunft und ihren Aufgaben. Wir müssen die Kräfte im Volk schaffen und ausbilden, welche die Demokratie, soweit sie noch auf dem Papier steht, ins Leben übertragen. Dies Schaffen und Ausbilden muß da anfangen, wo der wahre Mensch selbst anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verteilen, das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Mit Gewaltsamkeiten ist keine Entwicklung zu fördern. Jedes Handwerk setzt seine Lehrzeit voraus, und das Regieren ist erst recht, obwohl Demagogen dem Volk heut vorreden wollen, dies verantwortungsvollste Handwerk lerne sich in ein paar Volksversammlungen und mit ein paar Resolutionen. Wir müssen wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen, wir müssen jedem Befähigten die Erwerbung dieser Sachkenntnis und Erfahrung möglich machen, damit die Demokratie in der deutschen Republik keine Aeußerlichkeit, sondern der Geist des Volkes werde.

Das sind Binsenwahrheiten, aber sie sind uns in der Verwirrung dieser Zeit fast verloren gegangen, wo viele in der erworbenen Mitgliedschaft einer Partei das Anrecht auf Futterstelle erblicken, ja wo ganze Parteien, trotzdem sie die [illegible] nicht darstellen, das Recht auf eine Diktatur ihrer Mitglieder über die Mehrheit des Volkes proklamieren. Die Herren Unabhängigen sind es, die diese „Diktatur des Proletariats" als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Aber schon das Schlagwort an sich ist unrichtig. Weite Kreise des Proletariats lehnen diese Diktatur, wie jede andere ab, selbst Friedrich Adler, der radikale österreichische Führer, hat bei der Wiener Reichskonferenz nachgewiesen, daß an eine Diktatur des Proletariats nicht gedacht werden könne. Was die Unabhängigen wollen, wäre nicht einmal eine Klassenherrschaft, sondern die Zwangsherrschaft eines Teiles einer Klasse. Aber mit der übergroßen Mehrheit des Volkes lehnen wir jede Diktatur als ein brutales, geistloses und unzweckmäßiges Mittel aufs entschiedenste ab. Eine Diktatur kann keine neuen Kräfte schaffen, sie kann die innere Natur der Dinge nicht verändern, ganz besonders nicht auf wirtschaftlichem Gebiet. Ich bin mit dem Sozialisierungsminister Deutschösterreichs, Otto Bauer, einig in der Ueberzeugung, die Bauer folgendermaßen formuliert hat:

„Die politische Revolution war das Werk der Gewalt; die soziale Revolution kann nur das Werk aufbauender, organisierender Arbeit sein. Die politische Revolution war das Werk weniger Stunden, die soziale Revolution wird das Ergebnis kühner, aber auch besonnener Arbeit vieler Jahre sein."

Wenn sie den Beweis dafür haben wollen, so sehen Sie doch nach Rußland, das genau, wie es einst in der zaristischen Sünden-Maienblüte das Vorbild unserer Reaktion gewesen ist, heut als das gelobte Land unserer Allerradikalsten gilt. Dort hat eine Diktatur von heute auf morgen „sozialisiert", das heißt den Arbeitern den Betrieb unternehmer- und direktorenrein in die Hand gegeben. Und was war die Folge? Schon seit Monaten sind Unternehmer und Direktoren wieder zurückgeholt worden, mit Riesengehältern und mit den alten Vollmachten, genau so, wie die Offiziere des Zaren in die „Rote Armee" zurückgeholt worden sind, zusamt der Kommandogewalt und der blinden Disziplin!

Eine Revolution der Experimente,

dazuhin der mißglückten Experimente, das mache ich nicht mit! Auf der anderen Seite sind wir auch nicht ängstlich vor jedem Wagnis. Jeder kühne, aber den Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßte Fortschritt trägt sein ureigenes Tempo in sich, das sich gewaltsam nicht ändern läßt, ohne Rückschläge heraufzubeschwören. Wer dies Tempo übermäßig beschleunigt, ist kein Bahnbrecher der Revolution, sondern ein Schrittmacher der Reaktion. Er zerstört die wirtschaftlichen Grundlagen der Allgemeinheit, er weckt die Abkehr, den Widerstand und schließlich die Gegenrevolution.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den **wilden Streiks**, die seit Wochen rings um uns aufschießen, abflauen und plötzlich wieder losbrechen, und das in einem Augenblick, wo Nationalversammlung und Regierung mit der Zustimmung der großen Volksmehrheit ihr Wort für die Erfüllung des Friedensvertrages nach Kräften verpfändet haben. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratie hat in einem Aufruf an das arbeitende Volk Deutschlands erklärt: „Der Wahnglaube, durch Putsche eine Umwälzung des sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, ist ein für allemal abgetan." Wir wollen gern glauben, daß dies die Ansicht der offiziellen Parteileitung ist, und daß der Passus mehr ist, als eine Salvierung für den Fall, daß dennoch Putsche kommen. Angesichts der Haltung der sogenannten „revolutionären Obleute", die in ihrer Mehrzahl der Unabhängigen Sozialdemokratie angehören, ist der Zweifel zumindestens erlaubt, ob diese Ansicht der Parteileitung für die Gesamtpartei verbindlich ist. Aber der Satz klingt noch seltsamer, wenn man bedenkt, daß er geschrieben wurde, gerade zu

einer Zeit sich ewig wiederholender Putsche!

Denn was sind denn diese Streiks anderes als unblutige Putsche, die der Mehrheit der Bevölkerung und gerade dem arbeitenden Volk durch ihre Störung der Nahrungsmittelversorgung mehr unblutige Wunden schlagen und mehr Schaden zufügen, als je ein Straßenkampf.

Nun haben alle die Berufskategorien, die in den letzten Wochen durch Streiks die wirtschaftliche Existenz der Republik in Frage gestellt haben, empört jede Behauptung zurückgewiesen, als handle es sich bei ihnen um politische Kämpfe. Es ist selbstverständlich und eine Regierung, die in ihrer großen Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, wird es am allerwenigsten leugnen: die breiten Volksmassen haben Grund zur Unzufriedenheit. Die Unruhe in unserer Arbeiterschaft ist nicht auf Krakehlsucht und nicht auf Arbeitsscheu zurückzuführen. Der würde am allerletzten Abhilfe schaffen können, der nicht den berechtigten Kern in dieser Streikbewegung zu erkennen vermag. Auf der einen Seite Genußsucht und zügellose Verschwendung, ein Prassen dank einem sinnlos verteuerten Schleichhandel auf Kosten der Allgemeinheit, Kapitalflucht und Verschiebung von Vermögenswerten. Auf der anderen Seite, trotz aller Erhöhungen immer noch Löhne, die kaum zum Bezug der rationierten, ganz gewiß aber nicht zur Bezahlung von unrationierten Lebensmitteln ausreichen. So stellt sich weiten Arbeiterkreisen heute die Lage dar. Und nun greifen sie zu dem einzigen Mittel, das nicht bessern, sondern nur verschlimmern kann: zum Streik! Auf wessen Anraten?

(Fortsetzung Seite 2.)

Vertrauensvotum für Clemenceau.

Paris, 22. Juli (Reuter).

Nach erregten Debatten über die Wirtschaftspolitik der Regierung, hat die Kammer mit 289 gegen 176 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Die Forderungen der englischen Bergarbeiter

Amsterdam, 23. Juli.

Der „Telegraaf" meldet aus London: Die Konferenz des Bergarbeiterverbandes von Südwales hat gestern über die Einführung des Siebenstundentages an Stelle des Achtstundentages beraten und beschlossen, eine Erhöhung des Stundenlohnes um 14,3 Prozent zu verlangen. Die Ausständigen in Yorkshire hatten dieselben Forderungen aufgestellt, aber die Konferenz in Cardif ersucht alle Bergarbeiter in Wales, die Arbeit nicht niederzulegen, solange noch verhandelt wird.

London, 22. Juli. (Reuter.) Unterhaus.

Bonar Law erklärte, der Ausstand der Kohlenbergleute habe sich in geringem Maße auf Lancashire, Nottinghamshire und Monmouthshire ausgebreitet, wo insgesamt 38 000 Kohlenbergleute ausständig seien. Die Bergleute geben mehrere Gründe für den Streik an, darunter die Erhöhung des Kohlenpreises um sechs Schilling, die hohen Lebensmittelpreise, die Dienstpflicht und das Verbleiben der britischen Truppen in Rußland.

Die geistigen Waffen der Alldeutschen.

Auf dem demokratischen Parteitag verlas Gerland gestern morgen einen Artikel der „Deutschen Zeitung" über diese Tagung, in dem die schwarz-rot-goldenen Farben mit der gleichen Körperfarbe gewisser Affenarten im Zoo verglichen wurden. Diese unflätige Beschimpfung brachte die Versammlung in derartige Erregung, daß sie minutenlang stürmisch die Entfernung des Berichterstatters des alldeutschen Blattes verlangte. Nur mit Mühe gelang es dem Vorsitzenden, das zu verhindern. Vorsichtigerweise gab sich der Herr nicht zu erkennen.

Wir verstehen jetzt die Entrüstung der Alldeutschen über die von uns wiedergegebene Aeußerung Herolds, der Ton der reaktionären Presse sei nicht immer stubenrein. Inzwischen wird aber lustig auf den Kaschemmenton der linksstehenden Presse weitergeschimpft.

Die „Kriegsgewinnler".

Der Tagesbefehl des Abwicklungskommandos „Gardekraft" vom 18. Juli enthielt unter Ziffer 3 folgende Stelle:

Nachstehender Brief wird bekanntgegeben, der eine bittere, aber leider allzu wahre Satire auf unsere heutigen Zustände ist. Der Brief ist gerichtet an eine Weingroßhandlung in Frankfurt und lautet:

„Sie beehren mich fortgesetzt mit dem Sonderangebot Ihrer Weine, ohne dabei zu bedenken, daß das bescheidene Einkommen eines pensionierten Offiziers mit Familie nicht ausreicht, um sich den Genuß Ihrer teuren Weine zu gestatten (billigste Flasche M. 12.—). Ich möchte Ihnen empfehlen, sich nur an die bessergestellten Kreise zu wenden, als da sind: die verschiedenen Kriegsgewinnler, den Papiersammler am Hauptbahnhof zu Frankfurt am Main, die Müllkutscher in Berlin, die Herren Straßenbahnschaffner und Eisenbahnarbeiter usw. usw. Hochachtungsvoll von H., Generalmajor z. D. mit 40 Dienstjahren, 2 Feldzügen und dem Einkommen eines 21jährigen Eisenbahnarbeiters.

Ein Bild unserer Zeit.

gez. Bartsch.

Jetzt erfahren es die Arbeiter, daß sie die eigentlichen Kriegsgewinnler, daß sie die wahren Nutznießer des Völkergemetzels sind. Man wundert sich freilich nur darüber, daß die hungernden Generale und ihresgleichen nicht schon längst Müllkutscher, Straßenbahnschaffner oder Eisenbahnarbeiter geworden sind. Vielleicht richtet Herr Noske einen Arbeitsnachweis zu diesem Zwecke ein.

Die Rede Bauers.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Wer hat zumindestens nicht abgeraten, nicht vor den Folgen gewarnt? Nicht nur einzelne Vorgänge berechtigen uns, von frevelhaftem Mißbrauch zu sprechen, den kommunistische und andere Drahtzieher mit den Arbeitern, mit ihren berechtigten Forderungen, mit all diesen wilden Streiks getrieben haben. Die akademische Anerkennung von der Torheit der Putschpraktik nützt gar nichts.

Hier sind ja Putsche,

hier werden ja Putsche veranlaßt. Nicht am Maschinengewehr erkennt man den Putsch, sondern an seiner Gefahr für das allgemeine Volksleben, an seinem Willen, gewaltsam eine Umgestaltung herbeizuführen. Solange die Herren Unabhängigen nicht den Mut aufbringen, offen und gerade dagegen Front zu machen, müssen sie sich den Vorwurf der Zweideutigkeit gefallen lassen. Auf dem Budapester Rätekongreß hat der Volksbeauftragte Nyisztor die landwirtschaftlichen und die Industriearbeiter davor gewarnt, Lohn- und Mehrforderungen zu stellen, indem er betonte, wenn heute jemand mit übermäßigen Forderungen aufträte, so tue er dies nur auf Kosten des Gesamtproletariats! Wo hätte bei uns je ein Unabhängiger oder ein Kommunist solche Worte gefunden oder gar solchen Worten gleichgesonnene Taten folgen lassen? Nein, die Unabhängigen schweigen, und die Kommunisten rufen zum letzten, unerbittlichen Kampf.

Eine Regierung, die diesen Namen verdient, muß handeln. Ihre Aufgabe ist es nicht, vor jedem leichtfertig vom Zaune gebrochenen Streik zu kapitulieren. Aber es ist ihre Aufgabe, berechtigte Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen und ihre Volksgenossen darüber aufzuklären, was heute durch keine Macht zu ändern, was als unselige Erbschaft des Krieges gemeinsam getragen und abgetragen werden muß.

Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind

die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben.

Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der anderen außerordentliche Steigerung der Löhne, das hat von Grund auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgestaltet. Der Anteil, den der eine und der andere aus der gemeinsamen Arbeit zieht, duldet keinen Alleinbesitz und kein alleiniges Bestimmungsrecht des Unternehmers mehr. Die Macht des Arbeiters. Sie werden verstehen, daß ein Mann, der, wie ich, seit 30 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung steht, also dort, wo seit Anbeginn gegen die Vormacht des Arbeitgebers gekämpft wurde, das mit Freude feststellt — die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Rechtlosigkeit gehört der Geschichte an.

Diese Umschichtung im Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß muß ihren Ausdruck auch in unseren öffentlichen Einrichtungen finden. Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung, lediglich als Arbeitskraft, heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht, es setzt über das Privatinteresse das Allgemeininteresse, es beendet ein für allemal das Zeitalter der „lebendigen Maschine" und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer.

Während die Reichsregierung so generell das Machtverhältnis innerhalb des Wirtschaftslebens auf neue Grundlagen stellt, geht sie in besonderen dazu geeigneten Fällen weiter. Sie zieht aus dem Arbeitsprogramm des Kabinetts Scheidemann, das von ihr übernommen wurde, die Konsequenzen, indem sie dem Hause in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen wird, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen (über 5000 Kilowatt), soweit sie nicht bereits kommunalisiert oder im Besitz der Freistaaten sind, sowie die Hochspannungsleitungen (über 50 000 Volt) in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Ein weiteres Gesetz, das die Braunkohlenerzeugung sozialisieren soll, hoffen wir binnen kurzem zur Vorlage reif zu machen. Damit werden zwei Wirtschaftsgebiete von kaum zu unterschätzender Bedeutung in den Allgemeinbesitz überführt. Was es bedeutet, wenn die Gesamtheit die Kraftquellen in der Hand hält, ohne die fast kein Betrieb zu leben vermag, brauche ich nicht auszuführen. Aber auf eines darf ich hinweisen: Der Herr Reichsfinanzminister hat Ihnen seine Pläne mitgeteilt. Das Reichsnotopfer und die Umsatzsteuer sind bereits dem Staatenausschuß zugegangen, der Entwurf einer Reichsabgabenordnung folgt dieser Tage. Gekrönt werden soll

diese neue, von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuergesetzgebung

durch eine Reichseinkommensteuer, die durch das ganze Reich gleichmäßig veranlagt werden soll, und die ihrerseits wiederum notwendigerweise zur Schaffung einer Reichssteuerverwaltung führen wird. Damit ruht die Finanzgesetzgebung im weitesten Umfang in den Händen des Reichs. Die Verfassung schafft die Reichs-Eisenbahnen. Die Sozialisierung von Elektrizität und Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens! Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält. Das Reich ist niemandem gegenüber, sei es die Großindustrie, sei es sonst ein Konzern, in Zukunft machtlos. Damit ist in der Tat die Zeit der gewaltsamen Umwälzungen für jeden demokratisch Denkenden abgeschlossen. Wenn das Volk in die Regierung einsetzt, der kann sein Wirtschaftsideal verwirklichen, soweit sich Ideale verwirklichen lassen, ohne gegenseitige Hindernisse befürchten zu müssen! Wie wir den uns gewordenen Auftrag des Volks erfüllen wollen, das zeigt Ihnen die Tatsache, daß wir diesen Zustand herbeigeführt haben oder ihn ehestens auch durch Schaffung zweckdienlicher Monopole herbeiführen wollen. Nach den politischen werden wir auch die wirtschaftlichen Schicksalsbestimmungen in die Hand des Volkes selbst legen.

Ein Wort zu der vielverredeten „Planwirtschaft". Das Kabinett hat diese Zwangsklassifizierung aller Zweige der Wirtschaft abgelehnt, die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts vor allem, weil sie in der Planwirtschaft die ernsteste Gefahr für die völlige Durchführung des Sozialismus sehen! Die Regierung will die Zwangsjacke der Kriegsgesellschaften nicht gegen eine neue, für den Frieden zugeschnittene vertauschen.

Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten

Schaffung von Betriebsräten

und von Bezirkswirtschaftsräten, die in einem Reichswirtschaftsrat ihre Spitze finden sollen, entschlossen. Das Gesetz über die Betriebsräte wird Ihnen in diesen Tagen, der zweite Teil über Bezirkswirtschaftsräte im Herbst zugehen. In diesen Organisationen sieht die Regierung die aus dem werktätigen Volk heraufwachsenden Instanzen, die Vorbereiter und später Träger der Sozialisierung sein sollen. In ihnen werden Organe geschaffen, auf denen eine kommende Gemeinwirtschaft ruhen muß, die nicht, wie die unter dem Schlagwort „Planwirtschaft" wütende, den Unternehmer beseitigen, stürzen und nur der Sozialisierung Mißerfolg bereiten, sondern, wie ich vorhin gesagt habe, den Arbeitnehmer als Mitarbeiter und Mitbesitzer neben den Arbeitgeber sehen wird. Die Regierung konnte sich nicht entschließen, diese zukunftsvollen Organisationen von unten herauf durch eine behördliche Reglementierung von oben herunter ihrer Aufgabe und ihres Einflusses zu berauben.

Aber weiter: die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der

Erhaltung der Reichseinheit

wegen unterzeichnet. Diese wäre aber — das wird mir dies hohe Haus bestätigen — aufs ernsteste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und behördlich das ganze Wirtschaftsleben gegängelt würde. Dazuhin hat die Okkupation im Westen unsere Grenzen in einer Weise flüssig gemacht, daß dem Schleichhandel alles zugänglich ist, während der lohnende Handel nach wie vor in den Fesseln unfrei machenden Vorschriften läge. Das bedeutet für die Industrie: entweder Paktieren mit unsauberen Schleichhandelsexistenzen und dadurch Arbeitsmöglichkeit — oder lahmgelegt zu sein, während die weniger gewissenhafte Konkurrenz im vollen Betrieb ist. Der stärkste Grund aber gegen eine Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens nach einem Schema ist der, daß die Bedürfnisse der einzelnen Industrien völlig verschieden sind, daß die Krankheitserscheinungen der einzelnen Wirtschaftszweige nicht mit ein und derselben Medizin geheilt werden können.

All diese Überlegungen haben uns zu dem Entschluß gebracht, alten Zwang zu brechen und neuen Zwang nicht einzuführen. Wir werden daher entschlossen an den

Abbau der Reste der Kriegswirtschaft

gehen; die Kriegsgesellschaften sind aus der Not der Blockade geboren, die Aufhebung der Blockade muß ihr Ende herbeiführen! Für unsere künftige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtunggebend sein:

1. Sozialisierung, soweit als möglich, und keinerlei neue Erschwerungen für die künftige durchgehende Sozialisierung.
2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung.
3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte, und überhaupt jeder Einfuhr, die unsern Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde.

In den Grenzen dieser drei Gebote aber Freiheit der Wirtschaft, Heranziehung jeder Initiative und jeden Kredits, Dezentralisation der Mitarbeit an der Aufforstung unseres wirtschaftlichen Lebens.

An der Spitze aller Bemühungen, die Volkslage zu bessern, muß natürlich

die Ernährungsfrage

stehen. Die Reichsregierung hat bereits 1½ Milliarden ausgeworfen, um eine Verbilligung der ausländischen Lebensmittel herbeizuführen. Das Ende der Blockade muß von ihr mit aller Energie dazu ausgenutzt werden, um weitere Verbilligungen zu erzielen, um durch günstige Abschlüsse und Erreichung vorteilhafter Kredite den Schleichhandel durch das einzige Mittel unschädlich zu machen, das durchschlägt: durch billiges Angebot von Nahrungsmitteln. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und der Volksversorgung werden wir einstweilen nicht verzichten können. Aber bei dem allgemeinen Abbau der Kriegsgesellschaften soll einzig und allein darauf Bedacht gelegt werden, daß auf allen Gebieten der freie Handel nicht wieder zu verantwortungslosem Handel mit den Interessen der Allgemeinheit werde. Danach wird zuerst die

Bewirtschaftung der Textilien

umgestaltet werden. Das Kabinett hat beschlossen, die aus der Kriegswirtschaft noch vorhandenen fertigen Stoffe unverzüglich und binnen kürzester Frist der Bevölkerung zuzuführen. Dabei wird Vorsorge getroffen werden, daß die minderbemittelten Kreise, die Arbeiterschaft lebenswichtiger Betriebe, die Beamtenschaft, unsere Kriegsgefangenen in erster Linie berücksichtigt werden. In gleicher Weise werden die noch vorhandenen nicht unerheblichen Vorräte an Wolle sofort der Weiterbearbeitung zugeführt, um damit den beteiligten Industrien und ihrer Arbeiterschaft Beschäftigung zu geben und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit Stoffen auf breitere Grundlage zu stellen. Die aus der Kriegswirtschaft stammende Zentralorganisation, die Reichs-Textilaktiengesellschaft wird abgebaut.

Ein weiterer Schritt auf dem Wege, die aus den Kriegsverhältnissen hervorgegangenen Zentralisationen zu beseitigen, ist die Aufhebung der Devisenordnung. Ihre Bestimmungen haben sich immer mehr als undurchführbar und heute als nahezu wertlos erwiesen. Die Aufhebung setzt voraus eine Gegängung der Vorschriften zur Abwanderung des Kapitals nach dem Ausland. Sie bringt andererseits eine wesentliche Erleichterung des Postverkehrs. Die zuletzt nur noch als Folgeerscheinung zur Devisenordnung aufrecht erhaltene Zensur des Brief- und Telegrammverkehrs kann endlich beseitigt werden. Damit fällt eine der am unangenehmsten empfundenen Fesseln der Kriegszeit.

Notwendig natürlich und nicht zu entbehren ist bei all diesen Erleichterungen die von mir bereits erwähnte Kontrolle der Ein- und Ausfuhr und die dadurch zu erzielende Beteiligung des Reichs und der Interessenten, einschließlich der Verbrauchs-Organisationen, an der Preisgestaltung und der Verteilung. Wenn dadurch die leidigen Höchstpreis-Festsetzungen überflüssig würden, so wäre das der Todesstoß für den Schleichhandel.

Der wirtschaftlich Schwache bedarf heut mehr denn je der staatlichen Unterstützung. Sie sehen, an seinen Bedürfnissen nehmen wir das Maß für unsere wirtschaftspolitischen Schritte. Taxen wollen wir weiter bauen. Zahlreiche Schreibstücke, die sich im Besitz des Reiches befinden und nicht mehr ihren ursprünglichen, meist militärischen Zwecken dienen, sollen für die Zwecke der Ansiedlung weit unter dem heutigen Tagwert abgegeben werden.

Mit diesen Ueberlegungen wollen wir uns keineswegs unabweisbaren Aufbesserungs-Forderungen entziehen. Nur müssen alle Wünsche ihre Grenze finden in der Leistungsfähigkeit des Betriebes. Das gilt hauptsächlich auch für die Arbeiter und Angestellten in den Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben.

Für das gesamte arbeitende Volk gilt es,

die Sozialpolitik,

nach Kräften weiter auszubauen. Die vom Reichsarbeitsministerium bereits angekündigte Novelle zur Reichsversicherungsordnung, die eine Erhöhung der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenrenten bringt, wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen. Die große Reform der Reichsversicherungsordnung soll in allernächster Zeit in Angriff genommen werden. Die moderne Umgestaltung und Vereinheitlichung des gesamten Arbeiterrechts schreitet schnell vorwärts. Eine große Zahl von Sachverständigen ist in verschiedenen Kommissionen und in engster Verbindung mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an dem großen Werk tätig, das die sozialen und demokratischen Grundsätze der neuen Republik klar in die Erscheinung treten lassen wird. Ob freilich allen Wünschen bei der jämmerlichen Finanzlage des Reichs Rechnung getragen werden kann, ist eine schwer zu beantwortende Frage.

Besondere Verantwortung empfindet die Regierung für die wirtschaftlich Schwachen in der Beamtenschaft. Wir sind von der Erkenntnis durchdrungen, ihren Ansprüchen durch ein neues Beamtenbesoldungsgesetz, das sofort in Angriff genommen werden soll, Rechnung tragen zu müssen. Eine glatte Übertragung der Betriebsräte auf die Beamten verbietet das wesentlich anders geartete Arbeitsverhältnis.

All das aber bleiben Pläne und Entwürfe, wenn die Grundlage alles Gedeihens fehlt oder regellos unterbrochen und zeitweilig nicht geleistet wird: die Arbeit.

Gewiß, wir haben den Friedensvertrag unter Zwang unsern Unterschrift gegeben, aber daran ist kein Zweifel erlaubt: in den Grenzen der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Dieser Vertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Das müßten gerade die zur Richtschnur ihrer inneren Politik machen, die von Anfang an für die bedingungslose Annahme waren.

Angesichts dieser durch Vertrag und Selbsterhaltungstrieb begründeten Verpflichtung zur Arbeit sehen viele die einzige Rettung darin,

diese Arbeit im Notfall zu erzwingen.

Sie verweisen auf die drakonischen Bestimmungen gegen Streik, die Lenin erlassen hat. Sie verweisen auf das Vorgehen der Budapester Räteregierung, die Arbeitslose während der Ernte zwangsweise nach Orten geschickt hat, wo es an Arbeitskräften mangelt. Die Reichsregierung lehnt diese Praktiken der Diktatur des Proletariats ab. Schon weil sie nicht einseitig gegen die Arbeiterschaft vorgehen und den bürgerlichen Nichtstuern nach seinem Belieben faulenzen lassen will. Aber die Reichsregierung und mit ihr die Parteien, denen es ernst ist mit der Vertragserfüllung, werden sich überlegen müssen, wie wilde und unüberlegte Streiks, die ohne oder gegen die Parole der Organisation und Parteien erfolgen, verhindert werden können. Durch die Tarifvertragsregelung vom 23. Dezember 1918 hat die Arbeiterbewegung ein langumkämpftes Ziel endlich erreicht. Diese vorerst provisorisch getroffene Regelung soll in Bälde gesetzlich ausgestaltet werden.

Unser Ziel muß das obligatorische Schiedsgericht sein, das die Streiks auf das äußerste Maß und die schwersten Fälle beschränkt. Dies Ziel kann natürlich nur erreicht werden im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften. Es ist keine Frage, die syndikalistisch-kommunistischen Treibereien bedrohen diese Festung, die sich der deutsche Arbeiter errichtet hat, in mehr als einem Punkt. Aber gerade der letzte Gewerkschaftskongreß hat bewiesen, daß die Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten bei dem gewerkschaftlich geschulten Teil der Arbeiter noch die Oberhand hat. Zusammen mit ihm müssen wir der Krankheit dieser Zeit Herr werden und Erschütterungen vermeiden, die, wie dieser Tage

im Berliner Verkehrsstreik,

ohne jedes Maß die Allgemeinheit bedrohen.

Es ist nicht mehr in das Belieben des einzelnen gestellt, ob er seine Pflicht tun will, und nicht der einzelne ist es, auf den die Folgen der Pflichtverletzung fallen. Der Staat muß die Erfüllung jetzt fordern, er muß die Nichterfüllung verhindern können. Der Friedensvertrag ist einigermaßen nur dann durchführbar, wenn jeder Deutsche auf einen Teil seines Selbstbestimmungsrechts zugunsten der Allgemeinheit verzichtet, so wie die Staaten ihrerseits auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten müssen zugunsten des Völkerbundes.

Der Vergleich mit dem Völkerbund, an dem beteiligt zu sein und an dem auszugestalten das höchste Ziel unserer äußeren Politik ist, zeigt am besten die Notwendigkeiten unserer inneren Politik. Wir brauchen die völkerbündliche Gesinnung auch unter den Volksgenossen in unseren Partei- und Lohnkämpfen, in unserer ganzen Stellung zueinander. Und hier noch ein Wort an die Partei, die sich deutschnational nennt, als läge darin ein Unterschied zu den anderen Parteien. Die Ausschreitungen ihrer Vertreter in einer Tagung bedürfen kaum einer Zurückweisung. Daß ein Redner dabei von der „gottverfluchten, ruchlosen Republik" sprach, kann in diesem monarchischen Taumel nicht erstaunen. Weniger wunderlicher ist schon die Aeußerung des Herrn Hergt, seine Partei habe von einer Gegenrevolution abgesehen, obwohl sie möglich gewesen wäre, als der Osten von Waffen starrte. Die Herren ahnen nicht, wem alles sie geeint in unerschütterlicher Front beim Versuch einer Reaktion sich gegenübersehen würden! Aber entschieden

bekämpfen und niederkämpfen müssen wir den Schrei nach Rache,

der seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages aus jener kleinen Gruppe dringt, die kein schöneres Ideal kennt, als das alte, waffenstrotzende Reich!

Immer häufiger dringen die Stimmen eines neuen, von solchen Gedanken erfüllten Menschentums an unser Ohr. Der Franzose Barbusse, der den Schrecknissen des Krieges die beredteste Sprache verliehen hat, spricht im Namen des völkerverbindenden Friedens:

„Die Demokratie ist unbesiegbar. Aber diese schicksalsschwere Auferstehung des Menschengeschlechts wird sich in einer ruhigeren und schöneren Form entfalten, wenn sie geklärt wird durch Auserwählte und die Welt bevölkert ist von erleuchteten Gewissen und solchen, die guten Willens sind."

Dies Bekenntnis ist unser Bekenntnis! Wir nehmen diesen Ruf von jenseits der Grenzen auf, wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, den Völkerbund erschaffen muß.

Vergewaltigung Deutsch-Oesterreichs.

Der Friedensvertrag, den die Entente Deutsch-Oesterreich auferlegt hat, widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen und beweist die völlige Unfähigkeit des Imperialismus, eine internationale Ordnung zu schaffen, die mit den Lebensinteressen der Völker in Einklang zu bringen wäre.

Waren bei den Bestimmungen des Friedensvertrages in Deutschland namentlich die Befürchtungen der Franzosen maßgebend, daß Deutschland wieder zu einer militärischen Gefahr werden könnte, so spielen natürlich solche Erwägungen bei Deutsch-Oesterreich keine Rolle. Dafür hat aber die Entente durch Befriedigung der nationalistischen Appetite der Tschechen und Italiener ebenso wie bei der Erfüllung der tschechischen, rumänischen und jugoslavischen Ansprüche gegenüber Ungarn offenbar die Absicht verfolgt, sich in den neuerstandenen Staaten getreue Bundesgenossen heranzuziehen. Daher die Verhinderung des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland, die Losreißung der Deutschen Südtirols und Böhmens, daher die völlige Preisgabe des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Dazu kommt noch im deutsch-österreichischen Vertrag die ökonomische Vergewaltigung. Dem kleinen Lande werden finanzielle Lasten aufgebürdet, die zu tragen es einfach unfähig ist. Die Bedingungen sind derart, daß zuletzt nichts anderes übrig bliebe, als daß die Entente selbst Deutsch-Oesterreich in eigene Verwaltung nähme. Was da zusammengestümpert worden ist, ist eine völlige Unmöglichkeit, außer die Entente glaubt, sie könne wirklich aus Deutsch-Oesterreich auf die Dauer eine Kolonie machen.

Es wäre aber falsch, dieses Resultat bloß der subjektiven Unfähigkeit der Versailler Gewalthaber und der nationalistischen Verblendung ihrer kleinen Bundesgenossen zuzuschreiben. Das Resultat ist vielmehr der objektiven Unfähigkeit des imperialistischen Systems zuzuschreiben, das nicht imstande ist, den verwüstenden Folgen des Krieges Herr zu werden. Diese könnten nur überwunden

durch die vereinten Anstrengungen und die solidarische Hilfe aller Völker. Der Imperialismus aber vernichtet die Solidarität und schafft immer neuen Gegensatz und Feindseligkeit. Erst seine Ueberwindung durch den Sozialismus kann die neue Ordnung schaffen, ohne die die Wiedergeburt der Menschheit unmöglich ist.

Der Protest der Sozialisten.

Wien, 22. Juli. (Korr.-Bur.)

In einer der heute abgehaltenen Versammlungen gegen den Ententeimperialismus und Gewaltfrieden hielt Friedrich Adler eine Ansprache, in der er den Friedensvertrag von St. Germain einer heftigen Kritik unterzog. Er bezeichnete den Friedensvertrag in wirtschaftlicher Hinsicht als das Todesurteil Deutschösterreichs. Der Imperialismus reiße, wie es ihm passe, die Völker entweder auseinander oder unterjoche sie. Deshalb erheben die Deutschösterreicher Protest gegen die Art und Weise, wie die Entente das Problem von Deutschwestungarn löse, und verlangen, daß den Westungarn das Recht zuerkannt werde, nach ihrem eigenen Ermessen ihr Schicksal zu bestimmen. Die in den wirtschaftlichen Bestimmungen enthaltene Zumutung auf Uebernahme von mindestens 50 Milliarden Kronen Kriegsanleihe durch Deutschösterreich bedeute den Staatsbankrott. Der Redner gab schließlich der Erwartung Ausdruck, daß die Zeit kommen werde, wo die Deutschösterreicher den Druck, den der Friedensvertrag ihnen auferlegt, abschütteln werden, und er sprach die Zuversicht aus, daß der Geist der internationalen Solidarität die Welt des Imperialismus und des Kapitalismus überwinden werde.

In einer anderen Versammlung erklärte Staatssekretär Deutsch, daß die ergänzenden Bestimmungen des Vertrages von St. Germain derart seien, daß sie der schwache Staat nicht ertragen könne. In der letzten Stunde wendet sich das deutschösterreichische Proletariat an das internationale Proletariat um dessen Hilfe.

In einer anderen Versammlung wandte sich der Staatssekretär des Aeußern, Dr. Bauer, gegen die territorialen Bestimmungen, die zwei Fünftel Deutschösterreichs der Fremdherrschaft preisgeben und eine nationale Bedrückung sondergleichen bedeuten. Besonders charakteristisch für das Vorgehen der Entente sei die Lösung der ungarischen Frage, hinsichtlich welcher der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts gänzlich übergangen worden sei. Die wirtschaftlichen Bestimmungen seien derart, daß Deutschösterreich auf 30 Jahre seine Unabhängigkeit in jeder Beziehung verliere. Die von Deutschösterreich zu deckenden Kriegsschulden würden insgesamt 70 Prozent von 68 Milliarden betragen, so daß 8000 Kronen auf jeden Kopf entfallen. Eine Familie mit fünf Köpfen wäre mit 40 000 Kronen belastet. Dieser Schmachfrieden könne nur durch den Sieg der internationalen Solidarität vernichtet werden.

Die Motive der französischen Nationalisten.

Bern, 22. Juli.

Nachdem Temps bereits gestern darauf hingewiesen hatte, daß der Friedensvertrag mit Deutschösterreich dessen Vereinigung mit Deutschland ein für alle Mal zu hintertreiben bezwecke, betonen heute auch die übrigen Pariser Blätter, daß die Entente bemüht gewesen sei, durch die Vertragsbestimmungen Deutschösterreichs in die Hand zu bekommen. Wie „Gaulois", der betont, daß der österreichische Staat ohne Hilfe der Entente überhaupt keine Hoffnung habe, erklärt auch „Echo de Paris", Oesterreich sei einfach in die Verwaltung der Alliierten gekommen, für welche die Commission des réparations es beherrschen werde. Dieser Ausschuß werde Oesterreich sehr große Zugeständnisse machen oder es zu Boden drücken können. Zweifellos habe man sich eine solche Bewegungsfreiheit vorbehalten, um Oesterreich für immer von Deutschland zu trennen.

Das liberale Hetzblatt.

Das „Berliner Tageblatt" scheint aus Konkurrenzrücksichten auf das Haus Scherl und Ullstein Wert darauf zu legen, hinter den Schwindelnachrichten und Verdrehungen der Blätter vom Schlage des „Lokalanzeigers" und der „B. Z." nicht zurückzubleiben. So erhebt es heute gegen uns Anklage, wir hätten wider besseres Wissen verschwiegen, daß die französischen Sozialisten den Plan, am 21. Juli zu streiken, aufgaben, und daß die englischen Sozialisten an einen Streik gar nicht dächten. Das Blatt klagt uns weiter an, daß wir wider besseres Wissen den Berliner Arbeitern eingeredet hätten, das Proletariat der Ententeländer beabsichtige eine große Demonstration gegen den Friedensvertrag, während in Wirklichkeit eine solche Absicht dort nie bestanden habe.

Alle diese Anklagen des „Berliner Tageblattes" beruhen auf Lügen und Entstellungen. Wir haben, wie wir es stets als unsere Pflicht betrachten, auch in den Tagen vor dem Streik alle wichtigen Mitteilungen über die Stellung der Arbeiterparteien des Auslandes — zustimmende und verneinende — zur Frage des Generalstreiks gebracht. Noch am Tage vor dem Streik brachten wir ungekürzt die Mitteilung über die Verhandlungen zwischen dem französischen Arbeiterverband und Clemenceau und über den Beschluß, den Generalstreik am 21. Juli zu vertagen. Wir haben auch niemals behauptet, daß die Demonstration vom 21. Juli sich nur gegen den Friedensvertrag von Versailles richtet, wir haben vielmehr nicht nur alle diesbezüglichen Meldungen aus England, Frankreich und Italien veröffentlicht, sondern noch am Tage vor dem Streik den Beschluß der Arbeiterkonferenz in Southport und den Aufruf der Confédération générale du Travail im Wortlaut gebracht, aus dem die Parolen der englischen, französischen und italienischen Arbeiter mit aller Deutlichkeit hervorgehen. Wir waren allerdings nicht so beschränkt, wie die Herren vom „Berliner Tageblatt" und dem „Vorwärts", die jetzt aus durchsichtigen Gründen ein Wehklagen darüber anstimmen, daß die englischen und französischen Arbeiter nicht gegen den Frieden von Versailles protestiert haben. Wir sehen vielmehr schon in der Tatsache der gemeinsamen Aktion der Arbeiter der Ententeländer gegen die reaktionäre Politik ihrer Regierungen den Beginn des internationalen proletarischen Kampfes gegen den Militarismus und Imperialismus schlechthin, und diesen Kampf begrüßten wir, weil wir in ihm letzten Endes eine neue Etappe im Kampfe für den Sozialismus und den Völkerfrieden, der auch die Revision des Versailler Gewaltfriedens in sich schließt, erblicken.

Es ist natürlich ein hoffnungsloses Beginnen, Blättern vom Schlage des „Berliner Tageblattes" diese elementare politische Einsicht zugänglich zu machen. Ein Blatt, das sich noch selbst durch Herrn von Brockdorff-Rantzau beschwindeln lassen mußte, daß die Hetzpolitik ihres Chefredakteurs während der Friedensverhandlungen ein einziger grober Fehler gewesen ist, kann politisch schwer mehr ernst genommen werden. Wenn das „Berliner Tageblatt" Anspruch darauf erhebt, den wohlerworbenen Ruhm eines kontusen politischen Hetzblattes auch weiterhin zu bewahren, so wollen wir es in diesem Vorhaben nicht stören.

Die Verschleuderung von Staatsgeldern.

Der Werbeunfug.

Der Friedensvertrag legt uns die Verpflichtung auf, innerhalb weniger Monate unsere Wehrmacht auf 100 000 Mann herabzusetzen. Da sich die Stärke der Freiwilligenformationen auf ungefähr eine Million Mann beläuft, werden $^{9}/_{10}$ des Heeres überflüssig. Die notwendige Folgerung daraus müßte die sein, daß die Werbestellen der Freiwilligenverbände endlich ihre Tätigkeit einstellen. Statt dessen werden die Spalten der bürgerlichen Presse tagtäglich mit neuen Werbeinseraten angefüllt, die all die schönen Phrasen von Deutschlands Bedrohung durch den äußeren und inneren Feind bis zum Erbrechen wiederholen und zum Eintritt in die Freiwilligenverbände auffordern.

Nach diesen Werbeinseraten zu urteilen, erscheint es beinahe so, als wolle Deutschland aufrüsten statt abrüsten. Wir halten diese Werbeinserate für vollkommen überflüssig und gefährlich. Sie verstoßen gegen den Friedensvertrag und plündern außerdem die Staatskasse in der bedenklichsten Weise aus. Die Summen, die bisher für Annoncen und Plakate ausgegeben worden sind, gehen in die Millionen. Den Werbestellen scheint von der Regierung ohne Bedenken jeder Betrag zur Verfügung gestellt zu werden. Auf die finanzielle Notlage des Volkes wird dabei keine Rücksicht genommen.

Und der Erfolg dieser Werbungen? Wie die „Freie Zeitung" berichtet, hat ein einziges Sturmbataillon im Osten in einem Monat 32 000 Mark für Plakate und Annoncen ausgegeben. Gemeldet haben sich daraufhin nur 120 Mann, von denen 40 als ungeeignet entlassen werden mußten, so daß noch 80 Mann übrig blieben. Demnach kostete also dem Staat ein Freiwilliger schon 400 Mark, noch bevor er überhaupt ein Gewehr in die Hand genommen hatte. Dieser Unfug muß schleunigst aufhören. Wir wollen nicht aufrüsten, sondern abrüsten. Abgesehen von der Gefährdung des Friedens, schröpfen die Werbeinserate die Staatskasse in einer Weise, die angesichts unserer wirtschaftlichen Notlage als frivol bezeichnet werden muß.

Matrosenhetze.

Seit einigen Tagen wird in der reaktionären Presse wieder heftig gegen die Matrosen gehetzt. Insbesondere sind die Minensucher ein Objekt dauernder Verleumdungen. So verbreitete am 19. Juli irgendein Blatt unter der Hauptüberschrift „Vor neuen Kämpfen mit Matrosen" eine Nachricht, nach der sich 8000 entlassene Matrosen der Minensuchabteilung weigerten, ihre Ausrüstungsstücke und Waffen abzugeben und ihre Standplätze in Wilhelmshaven zu verlassen. Voraussichtlich würde ein größeres Truppenkontingent gegen sie aufgeboten werden; mit schweren Kämpfen sei zu rechnen.

Diese Meldung ist eine Verleumdung. Die Minensucher sind am 15. Juli entlassen worden, weil sie sich weigerten, zu einer reaktionären Kampftruppe überzutreten. Ihre Ausrüstung war Privateigentum und Waffen haben sie überhaupt nicht besessen. Kein Mann hat sich geweigert, Wilhelmshaven zu verlassen, ganz abgesehen davon, daß es den Mannschaften nach ihrer Entlassung völlig freistand, ihren Aufenthaltsort selbst zu bestimmen.

Sibirien in Berlin.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir vor einigen Wochen über die unmenschlichen Zustände im Militärgewahrsam, Dirksenstraße 15. Wir führten u. a. den Fall an, daß ein Gefangener, weil er aus dem Fenster sah, erschossen worden ist. Daß sich die Zustände trotz unserer Kritik in diesem Gefängnis nicht gebessert haben, geht aus folgender Zuschrift hervor:

„Es vergeht kein Tag, an dem auf die Inhaftierten nicht geschossen würde. Die Nosketruppen, die auf dem Dache des Gefängnisses Wache halten, scheinen direkt Schießübungen abzuhalten. Kaum zeigt sich jemand am Fenster, schon knallt ein Schuß. Es wird scharf geschossen, bald aus Revolvern, bald aus Gewehren. Glücklicherweise ist in letzter Zeit keiner mehr getroffen worden. Um so deutlicher zeigen die Ziegelwände rings um die Fenster die Spuren der Einschläge. Wenn das Schießen dem Posten langweilig wird, so fängt er an, mit Steinen zu schmeißen. Dazu bietet ihm die Dachdeckung das nötige Material. Auch ich bekam einen Stein in die Zelle hereingeworfen. Sie können mir glauben, daß ich dem Posten dazu nicht die mindeste Veranlassung gab.

Als einer der Inhaftierten, ein Jäger vom Freikorps Lützow, den Posten wegen des Werfens mit Steinen zur Rede stellte, erklärte dieser, er handle nicht aus eigener Initiative, sondern habe Weisungen von seinem Vorgesetzten erhalten. Der betreffende Herr habe gesagt: „Wenn sie sich am Fenster zeigen, so schießt die Hunde über den Haufen." Diese Aeußerung des Postens haben mehrere Gefangene gehört.

In der Nacht vom 17. zum 18. Juli, morgens um 3 Uhr, haben die Noskesoldaten durch absichtlich lautes Sprechen und höhnisches Lachen die Gefangenen aus dem Schlafe geweckt. Als einige zum Fenster kamen und um Ruhe baten, kommandierte der Posten „Vom Fenster weg" und legte gleich das Gewehr an (ich habe es selbst gesehen). Die beiden Noskesoldaten wollten direkt einen Gewaltakt provozieren. Am 17. Juli um 10 Uhr abends hörten wir plötzlich, wie ein Gefangener in seiner Zelle jämmerlich schrie. Es konnte festgestellt werden, daß er von Regierungssoldaten mit Riemen verprügelt worden ist."

Soweit die Zuschrift, die uns von durchaus glaubwürdiger Seite aus zugegangen ist. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß sich auch das eigentliche Wärterpersonal schon gegen das frivole Treiben der Regierungstruppen gewendet habe. Nunmehr richten wir an Herrn Schöpflin, dem die Arrestanstalten unterstellt sind, noch einmal die öffentliche Aufforderung, die sibirischen Zustände im Militärgewahrsam endlich zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß den Gefangenen eine Behandlung zuteil wird, die kein Schandfleck für unsere Kultur ist.

Die Internationale der sozialistischen Studenten.

Im Februar veröffentlichte die Gruppe der revolutionären sozialistischen Studenten Frankreichs ihr Manifest „an die sozialistischen Studenten der ganzen Welt". Da ihr Aufruf für die Gründung eines internationalen Bundes der sozialistischen Studenten in allen Ländern stärksten Widerhall gefunden hat, wurden die Schweizer Genossen beauftragt, im Komitee zur Vorbereitung eines im Dezember einzuberufenden Kongresses zu gründen. Einige Genfer Genossen riefen darauf das „Internationale Komitee der sozialistischen Studenten" (8 Rue des Chaudronniers, Genf) ins Leben. Das Komitee fordert alle Gesinnungsfreunde auf, baldigst mit ihm in Verbindung zu treten. Auf dem ersten Kongreß soll zunächst die Verfassung des internationalen Bundes festgelegt werden. Dann wird er Stellung nehmen zum Versailler Frieden und sich entscheiden, ob die studentische Internationale sich der zweiten oder der dritten Internationale anschließt oder ihre völlige Unabhängigkeit bewahrt. Als wichtige Fragen sind noch Hochschulreform und sozialistische Propaganda zu nennen.

Negerunruhen in Washington.

London, 22. Juli.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Gestern Abend kam es wieder zu ernsten Negerunruhen. Es wurden vier Personen getötet, darunter zwei Detektive, und viele verwundet. Nach der „Times" ist wegen der Negerunruhen der Belagerungszustand über Washington verhängt worden.

Aus aller Welt.

Eine Minenexplosion.

Cambrai, 22. Juli.

Eine auffliegende Mine hat zwölf Personen, darunter sechs deutsche Kriegsgefangene, getötet und zwei Gefangene verletzt.

Theaternachrichten. Im Wallner-Theater findet am 25. Juli die 25. Aufführung des sozialistischen Dramas „Das Gesetz" von Paul Bader statt.

Im Komödienhause gelangt morgen (Donnerstag) das Lustspiel „Liselott von der Pfalz" von Rudolf Presber und Leo Walter Stein zum 50. Male zur Aufführung.

Oeffentlicher Vortrag in der Treptow-Sternwarte. Ueber „Photographie in natürlichen Farben" spricht Dr. Jens Lühen unter Vorführung von zahlreichen farbigen Lichtbildern am Mittwoch, den 23. Juli, abends 7½ Uhr. Mit dem großen Fernrohr wird jetzt am Tage die Venus, am Abend Fixsterne und Sternhaufen im Herkules gezeigt.

Gewerkschaftliches.

Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Plauen i. V., 21. Juli.

Heute begannen im hiesigen Gewerkschaftshause die Verhandlungen der 18. Generalversammlung. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Reorganisationskommission.
3. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben.
4. Unsere internationale Verbindung.
5. Bericht vom Gewerkschaftskongreß.
6. Neuwahl der angestellten Vorstandsmitglieder.

Außerdem soll noch die Sozialisierung behandelt werden. Als Gäste sind aus Schweden Janssen und aus Dänemark Nielsen erschienen. Die Generalkommission verteilt Coben. Als in seiner Begrüßungsansprache der Kollege Hahr (Plauen) sagt, daß in Zukunft die Tätigkeit so eingestellt werden muß, daß dabei die sozialistischen Grundsätze festgehalten werden müssen, ertönte lebhafte Zustimmung. Aus den einzelnen Darlegungen konnte man entnehmen, daß es auf der Tagung jedenfalls zu lebhaften Auseinandersetzungen mit der Opposition kommen wird.

Den Geschäftsbericht erläuterte Kollege Hübsch. Von 45 997 zum Waffendienst eingezogenen Mitgliedern sind 5291 gefallen oder an den erlittenen Verwundungen gestorben. Man hat alles getan, um den Krieg zu bannen und war bestrebt, nicht auf die Kriegsbegeisterung hineinzufallen. Furchtbar waren die Folgen des Krieges. Kamen doch auf 100 offene Stellen 807 Arbeitsuchende. Von den Unternehmern wurden die Betriebe stillgelegt und erst wieder geöffnet, als großer Profit winkte. Groß waren bei den Textilarbeitern die Folgen der Unterernährung. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit über 370 000 gegen 101 904 am Ende des Jahres 1914. In Zukunft müssen wir an Löhnen und der Verkürzung der Arbeitszeit alles herausholen. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Sozialisierung der Textilindustrie in greifbare Nähe rücken.

Nach diesem Bericht nahm man folgende Resolution an:

„Der Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes entbietet dem internationalen Proletariat am Tage der Demonstration für Menschen- und Völkerrechte seinen Gruß. Er protestiert mit ihm gegen den Gewaltfrieden, gegen Belagerungszustände, gegen Pressezensuren, gegen alle Beschränkungen der konstitutionellen Freiheiten in allen Ländern. Der Verbandstag erhofft von der Betätigung der Internationale die baldige Befreiung der arbeitenden Menschheit aus den Fesseln des Kapitalismus und die sozialistische Organisation der Arbeit."

In der Nachmittagssitzung berichtet Jäckel über das Informationsbureau. Jäckel nahm in seinem Bericht die Gelegenheit wahr, in glänzenden Ausführungen die gesamte Kriegspolitik zu besprechen. Das deutsche Volk ist in den Augusttagen 1914 schmählich betrogen worden und mit ihm die deutsche sozialistische Partei und die sozialistischen Gewerkschaften. Und treffend weist er nach, daß diese im Befreiungskampfe des Proletariats jene Gründe und jene Schlagworte anwandten, die das Bürgertum früher gegen den Feudaladel anwandte. Wiederholt wird Jäckel stürmisch zugestimmt, als er erklärte, daß er diesen Betrug und die Täuschungen nicht mehr mitmachen könnte. Deshalb mußte er andere Informationen geben. Nicht der Irrtum des 4. August wäre imstande gewesen, die Zerreißung der Arbeiterbewegung herbeizuführen, sondern das Festhalten an dieser Politik, die auch noch nach der Revolution fortgeführt worden ist, ist schuld daran. (Stürmischer Beifall.) Dann entwarf der Redner noch ein Bild von der Kriegsfürsorge für die Textilarbeiter. Traurige Zustände deckte er auf, die mit auf das Bestehen des Hilfsdienstgesetzes zurückgeführt werden müssen. Auch die Uebergangswirtschaft erörterte er eingehend.

Die Verhandlungen dauern fort.

Der Streik in den Versorgungsabteilungen.

Zu einer imposanten Kundgebung für die Streikenden bei den Bezirkskommandos I—VI gestaltete sich eine Versammlung des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Zuerst nahm der Kamerad Thied das Wort. Er wies darauf hin, daß auch in anderen Orten die Angestellten

der Bezirkskommandos aus gleichen Gründen in den Streik getreten sind. Sodann ergriff seitens der Streikenden Kamerad Wolter das Wort und teilte mit, daß die bisher gepflogenen Verhandlungen erfolglos waren; die Bestrebungen des Reichsministers gingen dahin, in allen militärischen Bureaus Beamte zu gewinnen, die in Bedarfsfällen mit der Waffe in der Hand ihr angebliches Vaterland auf Wunsch reaktionärer Köpfe verteidigen. Mit einem Wort, man wolle der Entente gegenüber wortbrüchig sein, indem man einige tausend Bureaubeamte als heimliche Soldaten unterschiebt. Er wies darauf hin, daß man die geringe Entlohnung keineswegs aufbessern will, während man nachweislich an Offiziere, z. B. für einen jungen Leutnant, ohne nähere Begründung für ein Vierteljahr im voraus 3000 Mark, für einen Waffenmeister, welcher ohne nähere Begründung 3080 M. forderte, einfach 4000 Mark übrig hatte. So geschehen im Detachement Küngel. — Kamerad Flagge aus Erfurt teilte darauf mit, daß auch in Erfurt, im Bereich des 11. Armeekorps, von Angestellten der Versorgungsabteilungen wegen zu geringer Löhnung, im übrigen aus gleichen Gründen wie in Berlin, gestreikt würde. Allerdings hat man den Streikenden dort insofern eine Lohnerhöhung geben wollen, als man ihnen 2 Mark pro Tag Kampfzulage zusagte, wofür sie sich an einem eventuellen Kampfe, sei es gegen äußeren oder inneren Feind, zu beteiligen haben. Da die Kameraden auf kein Lockmittel reinfallen, suchen die Behörden in den dortigen Kriegsblättern nach Streikbrechern, jedoch ohne Erfolg. — Ebenso teilte Kamerad Margraf mit, daß auch in Süddeutschland die Streikbewegung unter den Kameraden im Gange ist. Er betonte, daß Einigkeit unter den Kameraden zu herrschen habe, damit der endgültige Sieg gegen den Militarismus errungen werde. — Auch Kamerad Kunkendorf forderte entschieden, daß man nicht vergessen dürfe, wie die Behörde Soldaten zum Narren gehalten habe. Es sei eine leere Phrase, daran zu glauben, daß der Dank des Vaterlandes den treugedienten Soldaten gewiß sei. Er verlangte entschieden, daß die Streikenden aushalten; denn nicht allein der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten, sondern die gesamte organisierte Arbeiterschaft stände hinter ihnen. — Zum Schluß nahm Kamerad Thied nochmals das Wort und gab bekannt, daß er auf einer vor einigen Tagen erfolgten Rückreise von Chemnitz nach Berlin in der Eisenbahn von Urlaubern aus Riga erfahren habe, daß in jeder Nacht in Riga Militärtransporte, bestehend aus Infanterie, Artillerie mit Geschützen, sogar 38er Kaliber, eintreffen. Ebenso erwähnte er, daß das Mitglied der Nationalversammlung Stock aus Heidelberg (Mehrheitssozialist), am 11. Juli in der Versammlung erklärt hatte, daß für die Kriegsbeschädigten bereits 4,4 Milliarden ausgegeben seien und daß daher der Reichsbund für Kriegsbeschädigte für eine Erhöhung nicht mehr eintreten kann. Ferner wies er darauf hin, daß das im April zugesagte neue Versorgungsgesetz heute noch nicht in Angriff genommen worden sei.

Die Versammlung nahm mit Entrüstung davon Kenntnis, daß seit 1915 angefangene Rentensachen noch heute keine Erledigung gefunden haben. Daher sei jedes Mitglied des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, sowie überhaupt jeder Kriegsteilnehmer verpflichtet, für Erfüllung der Ansprüche der Streikenden energisch einzutreten.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde dann den Streikenden die Sympathie der Versammelten ausgesprochen und von der Reichsregierung die Anstellung der Kameraden auf Zivildienstvertrag gegen anständige Entlohnung verlangt. Ferner wird die sofortige Entmilitarisierung der Versorgungsbehörden und Neuaufbau derselben unter Mitwirkung der Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gefordert.

Zu dem Streik selbst wird uns noch mitgeteilt:

Da die Verhandlungen bisher zu keinem endgültigen Resultat geführt haben, wird für heute (Mittwoch) nachmittag 4 Uhr eine Versammlung im „Nationalhof", Bülowstraße, einberufen. Alle Ausständigen werden im Interesse der Aufklärung aufgefordert, zu erscheinen.

Versicherungsangestellte Groß-Berlins! Nachdem der Schlichtungs-Ausschuß Groß-Berlin in seinem Schiedsspruch am 18. Juni 1919 den nach dem 22. Dezember 1918 zurückgekehrten Kriegsteilnehmern anstatt der 100 M. die volle Entschuldungssumme laut Vertrag zugesprochen hatte, ist dieser Schiedsspruch nunmehr durch den Oberpräsidenten als Demobilmachungskommissar verbindlich erklärt worden. Alle Kriegsteilnehmer, die also sich noch dem 30. April 1919 nicht mehr freiwillig in den Heeresformationen befunden haben oder sich innerhalb der gesetzlichen Frist zur Verfügung gestellt haben, wollen sofort ihre Ansprüche an ihre Gesellschaft stellen. Der Schiedsspruch wurde verbindlich erklärt mit der Maßgabe, daß von dem Schiedsspruch nicht betroffen werden diejenigen Angestellten, welche bei Kriegsausbruch bei der betreffenden Gesellschaft tätig waren, aber im Laufe des Krieges aus derjenigen Gesellschaft ausgeschieden sind, so der der Angestellte nunmehr auf grund der Demobilmachungsvorschriften wieder einzustellen wäre.

Groß-Berlin.

Militärischer Schleichhandel.

Die amerikanischen Fleisch- und Fettwaren sollen bekanntlich ausschließlich der Zivilbevölkerung zugewiesen werden. Die militärischen Behörden haben es aber verstanden, einen großen Teil dieser Waren an sich zu bringen, um damit ihre lieben braven Kinder, die Regierungssoldaten, in Anerkennung der treugeleisteten Dienste zu bedenken. Die Regierungssoldaten, die ohnedies nicht schlecht verpflegt werden, wissen mit diesen Lebensmitteln nichts besseres anzufangen, als sie zu Wucherpreisen zu verkaufen. Da sie scheinbar in beliebiger Quantität die Waren erhalten, werden sie somit angereizt, einen schwunghaften Schleichhandel damit zu betreiben.

Ein drastisches Beispiel dafür liefert der Truppenübungsplatz in Döberitz. Hier haben kürzlich die Soldaten amerikanisches Schweinefleisch in beliebiger Menge erhalten, das sie an die Bevölkerung mit 12,50 Mark pro Pfund verkauften. Sie selbst sollen 11 Mark für das Pfund gezahlt haben. Auch Schweineschmalz wird mit 11 Mark das Pfund kiloweise auf dem Platz verkauft. Da auch Außenstehende mit Leichtigkeit auf den Platz gelangen können, ist hier dem Schleichhandel Tür und Tor geöffnet. Tatsächlich ist dieser Handel von verschiedenen Leuten zu einem Gewerbe gemacht worden. Einem dieser Schleichhändler, der das auf dem Uebungsplatz in Döberitz gekaufte Schweinefleisch unter der Bevölkerung in Staaken versuchte abzusetzen, wurde der ganze Bestand, 15½ Pfund, von dem Lebensmittelausschuß in Staaken beschlagnahmt. Wie er selbst angab, hatte er schon 9 Pfund verkauft.

So werden also der Bevölkerung die ihr zustehenden Lebensmittel über den teueren Weg des Schleichhandels zugeführt. Wie ist es überhaupt möglich, daß die Militärbehörden in den Besitz so großer Quantitäten amerikanischer Fleischwaren gelangen können, die nach den Erklärungen der Regierung doch an die Kommunalverbände direkt abgegeben werden. U. A. w. g.!

Vorsicht, Erwerbslose!

In der vorigen Woche erschien in der „Freiheit" ein Inserat, in dem Genossen gesucht wurden zur freiwilligen Mitarbeit an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs. Einige arbeitslose Genossen, die sich meldeten, erhielten folgende Antwort:

Berlin, den 20. 7. 19.

2000

Höflichst bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 16. 7. 19. Stehe noch in Verhandlung, die Sache kann sich noch bis 2 Wochen hinziehen, beachten Sie das Weitere in der Freiheit. Für Unkosten, Auslagen, Schreibgeld Mark 5,—.

Hochachtend
Gustav Kube,
Postamt Wilmersdorf lagernd.

Ihre Personalien bitte um sofortige Zusendung, damit Ihre Eintragung erfolgen kann.

Klar in dieser dunklen Antwort ist nur die Forderung von 5 Mark für angebliche Unkosten. Verdächtig ist das Verschweigen der Adresse des Herrn Kube.

Als unsere Expedition diese Nachrichten erhalten hatte, verhinderte sie sofort das Weitererscheinen des Inserats. Und auch wir möchten die Arbeitslosen warnen, sich ihre paar Groschen für eine faule Sache abknöpfen zu lassen.

Umlenkung von Straßenbahnlinien.

Gleisauswechselungsarbeiten am Kottbuser Tor machen es erforderlich, in der Nacht zum 26. d. Mts. von 12 Uhr ab die Linien 3, 28, 47, 48 in beiden Richtungen über andere Wege umzuleiten, ebenso in der Nacht zum 29. d. Mts. wegen notwendiger Gleisbauarbeiten an der Ecke der Leipziger- und Jerusalemer Straße die hier verkehrenden Linien.

Infolge Untergrundbahnbauarbeiten in Neukölln in der Berliner- an der Ecke der Erkstraße ist es notwendig, in den Nächten zum 25., 26., 29. und 30. d. Mts., zwischen 7,30 abends und 5,30 morgens, die diese Straßenkreuzung berührenden Linien umzulenken. Es werden verkehren:

Linien 7, 15, 47, 48, P und I zwischen Hermannplatz und Ringbahnhof Neukölln in beiden Richtungen über Kaiser-Friedrich-Straße, Hertzbergstraße, Richardplatz, Richardstraße, Thüringer Straße.

Linien 22 und 46 in beiden Richtungen zwischen Wiener Straße und Richardplatz über Reichenberger Straße, Glogauer Straße, Pannierstraße, Kaiser-Friedrich-Straße, Hertzbergstraße.

Linie 27 fährt vom Hermannplatz über Kaiser-Friedrich-Straße, Hertzbergstraße bis Thüringer Straße, legt dort um und fährt auf demselben Wege zurück.

Linie 58 verkehrt vom Hermannplatz über Wißmannstraße, Hermannstraße, Steinmetzstraße, Bergstraße, Ziethenstraße, Hermannstraße.

Linie 94 in beiden Richtungen über Kaiser-Friedrich-Straße, Hermannplatz, (Wißmannstraße), Hermannstraße.

Berlin—München täglich. Die Nachtschnellzüge zwischen Berlin, Leipzig und Hof wurden bisher nur dreimal in der Woche bis München durchgeführt. Diese Zügen laufen jetzt täglich zwischen den beiden Hauptstädten. Von den beiden Zügen geht der eine von Berlin 9.20, von Leipzig 12,49 und ist in München 10.45. Sein Gegenzug geht von München 7.35, von Leipzig 5.18, um in Berlin 8.17 anzukommen. Die Anschlüsse nach und von Wien über Passau bestehen nach wie vor nur drei Tage in der Woche.

Diebstahl in der Neuköllner Kunstausstellung. In der Ausstellung der Genossenschaft sozialistischer Künstler im Rathaus Neukölln wurde ein dreister Diebstahl verübt, der die Gruppe der erwerbslosen Künstler der Ausstellung hart trifft. Es wurden gestern mittag zwei Aquarelle von etwa 20×30 Zentimeter Größe gestohlen. Eines trägt den Namen Susemihl und stellt Enten mit Jungen dar, während das andere Bild das französische Dorf Mouzon darstellt und W. Hermann gezeichnet ist. Um so schwerer trifft die Genossenschaft sozialistischer Künstler der Verlust, da sie den bestohlenen Genossen den mehrere Hundert Mark betragenden Verlust ersetzen muß.

Angestellten-Versicherung, Ortsausschuß Neukölln. Zur Aufnahme von Anträgen auf Heilverfahren, Zahnersatz, Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenrente, Erstattung von Beiträgen sowie von Auskünften, welche die Angestellten-Versicherung betreffen, sind folgende Vertrauensmänner des Ortsausschusses Neukölln bereit: Paul Kießling, Neukölln, Bergstr. 32, Alexander Sorge, Neukölln, Kopfstr. 59. Hermann Schieritz, Neukölln, Wildenbruchstraße 89. Kurt Lockhoff, Neukölln, Fuldastr. 55-56, Aufg. 6, Gustav Sabath, Neukölln, Bergstr. 33. Karl Krohn, Neukölln, Boddinstr. 22, Fritz Eckhardt, Neukölln, Kopfstr. 44, Reinhold Gröndorff, Neukölln, Roseggerstr. 35.

Berlin-Rosenthal. Die Leiche einer Frau im Alter von ungefähr 40 Jahren wurde am Freitag, den 18. Juli, früh, an der Chaussee von Nordend nach Blankenfelde aufgefunden. Die Frau ist anscheinend an Herzschlag gestorben. Die Persönlichkeit der Toten konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Leiche war mit einem langen schwarzen Tuchjakett, einem grauen Rock und einem schwarzen Cheviot-Unterrock bekleidet. Es wird gebeten, zweckdienliche Mitteilungen an den Amtsvorsteher Berlin-Rosenthal gelangen zu lassen.

Lebensmittelkalender.

Stralau. 250 Gramm holl. Maismehl (49), als Ersatz für Kartoffeln 250 Gramm holl. Maismehl (65). 500 Gramm Einmachezucker (auf Sonderabschnitt V).

Wittenau. Von Freitag ab 250 Gramm Marmelade (85); 500 Gramm Auslandsmehl (C 9 u. D 10); 1 Ei (37 u. 37); 1 Dose kondensierte Milch.

Oranienburg. Freitag und Sonnabend 750 Gramm Honig und 250 Gramm Graupen. Anmeldung von Teigwaren.

Aus den Gemeinden.

Hermsdorf. Die Abwürgung des kommunalen Arbeiterrats durch die Gemeindevertretung wurde von einer öffentlichen Versammlung, die den größten Saal in Hermsdorf bis auf den letzten Platz füllte, scharf verurteilt. Genosse Richard Wegner gab zunächst den Bericht des Arbeiterrats. Die Kontrolle des Arbeiterrats paßte den bürgerlichen Herrschaften nicht, weshalb sie die Beseitigung des Arbeiterrats beschlossen, trotzdem gegen die einzelnen Mitglieder nicht das geringste einzuwenden war. Dieser Beschluß der Gemeindevertretung veranlaßte die Gemeindevertreter der U. S. P., den Sitzungssaal zu verlassen und ihre Mitarbeit in der Gemeindevertretung solange einzustellen, bis der Arbeiterrat in seine alten Rechte wieder eingesetzt worden ist. — Einer scharfen Kritik wurde das Verhalten der Einwohnerwehr unterzogen, die am Tage der Absetzung des Arbeiterrats mobilisiert hatte. Zum Ueberfluß war der Zugang zum Amtsgebäude, in dem die Abwürgung des Arbeiterrats stattfand, durch drei Polizisten bewacht, um nur den mit Einlaßkarten versehenen honetten Bürgern den Zutritt zum Sitzungssaal zu gewähren. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gegen die Abwürgung des Arbeiterrats und gegen das Verhalten der Einwohnerwehr protestiert.

Mariendorf. Sitzung der Gemeindevertretung. Der einzige Punkt der Tagesordnung, Zahlung von Entschuldungssummen an Arbeiter und Beamte führte zu lebhaften Auseinandersetzungen. Unser Antrag, Beamten und Arbeitern die gleiche Entschuldungssumme zu zahlen, fand bei der Mehrheit keine Gegenliebe. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde vielmehr der Antrag des Gemeindevorstandes, die Beamten und Arbeiter nach den Berliner Sätzen zu entschädigen, angenommen. Die ablehnende Haltung unserer Fraktion wurde durch eine längere Erklärung, die Genosse Küter abgab, begründet.

Treptow. Gegen die Absetzung des kommunalen Arbeiterrats durch die Gemeindevertretung nahm eine öffentliche Frauenversammlung energisch Stellung. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde verlangt, daß dem Arbeiterrat die Exekutivgewalt übertragen wird, um dem Lebensmittelwucher und den Schleichhändlern das Handwerk legen zu können. Außerdem wurden Maßnahmen verlangt, um der ärmeren Bevölkerung und den Arbeitslosen Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen. Der Arbeiterrat soll in seine früheren Rechte eingesetzt werden, um die erforderliche Kontrolle ausüben zu können.

Aus den Organisationen.

Vierter Wahlkreis. Petersburger Viertel. Donnerstag, 24. Juli, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung, Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee Nr. 48. Vortrag des Genossen Däumig über das Rätesystem.

Vereinskalender.

Internat. Bund der Kriegsbesch. und Kriegshinterbl., Ortsgruppe Charlottenburg. Donnerstag Versammlung, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten oder Aufnahmescheine.

Turnverein Fichte. Südostbezirk. Am 24. Juli, abends 6½ Uhr, auf dem Turnplatz Treptow Generalprobe zum Stadionfest.

Versammlung der in den Waren- u. Kaufhäusern beschäftigten Metallarbeiter, Heizer, Maschinenarb., Maschinisten, Schlosser, Rohrleger, Klempner, Elektromonteure u. Helfer. Heute, Mittwoch abends 7½ Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Noske-Verbot aufgehoben!

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 10

Aus dem Inhalt:

Streiks und Unruhen in Berlin und Hamburg

Eine Luxemburg-Feier

Tolstoi's Roman „Der Teufel"

Kol. Mikszath, „Die schwarze Kutsche"

„Der vernagelte Noske", Karikatur

Einzelnummer 20 Pf. Vierteljährlich 2,50 Mk.

Ausgabe heute nachmittag

Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Verein Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

August Conrad
(Bezirk Süd-West)

... 19 ... verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Einäscherung findet am Donnerstag, den 24. Juli, ... 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.

Der Vorstand.

Heil-Anstalt „Löser"
...straße 9, nahe Alexanderplatz. 9–1, 4–8.
...untersuchg., Licht- u. Finsen-Behandl.

Soeben neue Nummer erschienen!

Der Sozialist.

(Früher Sozialistische Auslandspolitik).
Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift.
Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid.
Unter ständiger Mitwirkung von:
H. Block, H. Haase, K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.

Abonnements vierteljährlich 6.— Mk. Einzelnummer 50 Pf. Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt, bei den Spediteuren der Freiheit oder in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort

Botenfrauen

eingestellt:

Berlin
Girschner, Gitschiner Straße 9... Steinmetzstr. 23, Hackbarth, Mich... ...2.

Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße ...

Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.

Wilmersdorf
Dießler, Hindenburgstraße ...

Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31

Intel. Reisende sofort gesucht für Berlin. Persönl. Vorstell. 9—4, Potsdam, Neue Königstr. 5 H. J. Neiß & Co., Tel. 109.

Oberreisende mit oder ohne Kolonne für neuen, ges. gesch. Artikel sofort gesucht. H. J. Neiß & Co., Potsdam, Neue Königstr. 5. Tel. 109.

Bautischler gesucht. Stunde Mk. 2,60. Adolf Lehner, Frankfurter Allee 315.

Aeußerst scharfer wachsamer Hund für Höfe oder Stallung, 65 cm groß, 300,—, verkauft Krieger, Prinzenallee 44.

Dauerwäsche wird ausgebessert, vergrössert, verkleinert, gereinigt. Born, Reichenberger Str. 7 (Kottbuser Tor). Fernsprechanschl. Mpl. 14 365.

Elektrisches Klavier zu verkaufen Erdmann, NW. 23, Schiffbauerdamm ...

Schürzenstoffe, ... Garn kauft zu höchsten ... Schickler, Georgenkir...

Großen Erfolg haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit".